

Stellungnahme: Die ehemalige Synagoge in Detmold muss erhalten bleiben!

Eine ehemalige Synagoge in Detmold ist vom Abriss bedroht. Mit einer Stellungnahme fordern die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Nordrhein-Westfalen und die Beratungsstellen ADIRA und SABRA, das Gebäude als besonderes Kulturerbe zu erhalten.

Das denkmalgeschützte Fachwerkhaus in der Bruchmauerstraße in der Detmolder Innenstadt wirkt unscheinbar und ist doch von besonderer historischer Bedeutung. 1633 erbaut, diente das Gebäude bis 1742 der Jüdischen Gemeinde Detmold als Synagoge. Es handelt sich um die älteste nachgewiesene Synagoge in Norddeutschland. Doch leider zerfällt das denkmalgeschützte Haus zusehends. Die Stadt Detmold hat angeboten, das Gebäude zu kaufen. Aber der Eigentümer, der Rechtsanwalt Hendrik Schnelle, will dieses weder verkaufen noch sanieren, sondern abreißen lassen und stattdessen Parkplätze auf dem Grundstück errichten lassen. Damit würde ein Zeugnis der Jüdischen Geschichte Detmolds aus dem Stadtbild verschwinden und die Aufarbeitung eigener Regionalgeschichte verhindert werden.

Obwohl dieses Problem seit Jahren bekannt ist, blieb eine größere Diskussion hierzu bisher aus und erst seit Mitte Juli beleben mehrere Presseberichte die Diskussion erneut. Wir schließen uns hiermit der wichtigen Forderung, die ehemalige Synagoge zu erhalten, nachdrücklich an.

Denn die Abrisspläne sind aus mehreren Gründen skandalös:

Das Gebäude ist ein bedeutendes Zeugnis der jahrhundertealten Geschichte Jüdischen Lebens in der Region. Ein Abriss käme einer unwiederbringlichen Zerstörung von einer markanten Spur dieser Geschichte gleich. Ein Abriss ist mit der notwendigen Erinnerung an die Geschichte und Gegenwart Jüdischen Lebens in Deutschland - insbesondere vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus - nicht vereinbar. Daher unterstützen wir den Wunsch von Matitjahu Kellig, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Herford/Detmold, das Gebäude in ein lokalhistorisches Museum oder eine Begegnungsstätte umzuwandeln. Dies hätte auch für die Zukunft Bedeutung: Die Jüdische Gemeinde in Herford/Detmold ist ohnehin eine der kleinsten Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und ihre Mitglieder werden von Jahr zu Jahr aus demografischen Gründen weniger. Daher ist der Erhalt von Orten wie der ehemaligen Synagoge in der Bruchmauerstraße umso wichtiger, damit jüdisches Leben in der Region weiterhin sichtbar und erfahrbar bleibt.

Eigentümer Hendrik Schnelle hält jedoch an seinem Abrissplan fest und versucht den Abriss juristisch durchzusetzen. Er bezeichnete das Gebäude als "Schandfleck im Stadtbild", dabei ist er als Grundstücksbesitzer für dessen Zustand verantwortlich und lässt dieses weiter verfallen, indem er das Kaufangebot durch die Stadt ablehnt und den Rechtsstreit führt. Hendrik Schnelle wurde bereits wegen Volksverhetzung verurteilt, da er Vernichtungsandrohungen gegen Homosexuelle geäußert hatte. Zudem verteidigte er als Anwalt mehrfach Neonazis vor Gericht, so z.B. Robin S., der als Kopf der mittlerweile verbotenen rechtsterroristischen Gruppierung "Combat 18" gilt. Ein Anwalt der rechtsextremen Szene versucht also den Erhalt einer ehemaligen Synagoge zu verhindern - ein unerträglicher Zustand. Sein Angebot an die Jüdische Gemeinde, das Gebäude zu vermieten, wenn diese für Sanierungskosten in Höhe von 400.000 Euro aufkommen würde, kann dementsprechend nur als zynisch verstanden werden.

Neben dem Versuch, die Spuren des Jüdischen Lebens zu verwischen, darf zudem nicht unerwähnt bleiben, dass der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Detmold bereits mehrfach durch Neonazis angefeindet und bedroht wurde. Auch dieser Zustand darf in einer demokratischen Gesellschaft nicht hingenommen werden. Wir möchten daher Matitjahu Kellig ausdrücklich unsere Solidarität zusprechen.

Es ist deswegen auch ein Problem, dass vor allem der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde diese Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit führen muss. Denn dass die ehemalige Synagoge und damit ein Teil der jüdischen Geschichte erhalten bleibt, wäre zuvorderst die Aufgabe der Verwaltung und Stadtgesellschaft von Detmold. Schließlich steht hier nicht weniger als die Frage im Raum, wie man mit der eigenen Lokalgeschichte umgehen will. Auch die nicht-jüdische Bevölkerung sollte daher ein Interesse daran haben, den Ort nicht weiter verfallen zu lassen und muss hier klar Stellung beziehen. Die derzeitige Situation muss als Problem wahrgenommen und ernst genommen werden - auch von der Landesregierung Nordrhein-Westfalens. Dass die Stadt Detmold versucht, das Gebäude zu erwerben, ist daher ein wichtiger Schritt. Zusätzlich muss durch die Denkmalschutzbehörde des Landes geprüft werden, welche weiteren Mittel zur Verfügung stehen, den Bestand der ehemaligen Synagoge zu sichern. Nur wenn von allen politischen, öffentlichen und rechtlichen Stellen das notwendige Engagement aufgebracht wird, ist es möglich, den Ort so zu erhalten und zu gestalten, dass er seiner Geschichte gerecht werden kann.

Hintergrund:

ADIRA in der Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Dortmund und SABRA in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf sind landesgeförderte Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit und beraten in Nordrhein-Westfalen in Fällen von Antisemitismus. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS NRW) ist eine zivilgesellschaftliche Meldestelle für antisemitische Vorfälle in Nordrhein-Westfalen. Alle drei Stellen kooperieren eng in der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus.

www.sabra-jgd.de | www.rias-nrw.de | www.adira-nrw.de